

# Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig

Das Volksblatt für Stadt und Land

Belegnummer 10 Goldpig

Ersteinstellung: Der Bezugspreis beträgt für die Zeit v. 1.-15. September 0,90 Goldmark, für den Rest des Monats 1,20 Goldmark. Die Abnahme des Monatspreises 0,10 Goldmark, Zeitungsgebühren und Anzeigen 0,08 Goldmark, Finanz- und

Redaktions-Journal Deuthen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Journal Deuthen 458

amtliche Anzeigen 0,20 Goldmark, Restabgabe 0,40 Goldmark. Postgebühren werden nur zum Tagespreis berechnet. Redaktion und Geschäftsstelle Deuthen O.-S., Pflaferstraße 9

## Frankreichs und Italiens Widerstand gegen die Aufrollung der Kriegsschuldfrage.

Rückkehr aller Ausgewiesenen und unmittelbare deutsch-französische Unterhandlungen über die elsässische Grenzregie.

### Neueste Nachrichten.

Gestern fand in Deuthen ein zahlreich besuchtes Gemeindefest der katholischen Pfarreien statt. Der Hauptkittung in Hildersheimen ging unter riesigen Andrang spielen in Kattowitz programmäßig vor sich.

Gestern vormittag 11 Uhr wurde die Breslauer Herbstmesse ohne besondere Feierlichkeit eröffnet. Der Besuchandrang war stark und über neue Sonderzüge verkehrte den Besucher. Man rechnet damit, daß der starke Verkehr bis zum Schluß der Messe anhalten wird.

Oesterreichischer Bundeskanzler Dr. Seipel und die Minister Dr. Grünberger und Dr. Kleinböck sind heute nach Genf abgereist.

Die heute eröffnete Wiener Herbstmesse wird gleich zu Beginn einen sehr starken Besuch in allen Abteilungen auf.

### Zurücknahme der Ausweisungsbefehle für Ruhr und Rhein und Freilassung der Gefangenen.

Düsseldorf, 8. September. Der oberkommandierende General erläßt einen Befehl, der die Rückkehr sämtlicher aus dem besetzten Ruhrgebiet und aus dem Gebiet des Düsseldorf-Brillendistriktes gestattete. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind folgende Personen, deren Rückkehr wie es in der Verfügung heißt, die Ruhe des Gebietes gefährden könnte: Regierungspräsident von Düsseldorf Walter Grühner, der Landrat von Essen-Land Friedrich Schön, der Polizeipräsident von Essen Gerhard Niedermeyer, der Oberbürgermeister von Neekinghausen Hamm, Polizeinspek-

tor in Görbe Reichardt, der Polizeikommissar in Wanne Otto Borath. Außerdem sind zur Verwirklichung der im Londoner Protokoll vorgesehenen Amnestie die nötigen Anordnungen erlassen worden, worin auch die Niederlassung der eingekerkerten Verfahren inbegriffen ist.

Mainz, 8. September. Gestern ist eine Verfügung des kommandierenden Generals der Armee an die französischen Divisionsgeneräle ergangen, daß die politischen Gefangenen sofort zu entlassen sind.

### Die Innenpolitik des Hauptausschusses des preussischen Landtags.

Aus der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages schreibt man uns:

Am 3. September begann die Verhandlung über den Haushalt des Ministeriums des Innern im Hauptausschuß des Preussischen Landtages. Der Vertreter der Deutschnationalen Neugeborenen richtete scharfe Angriffe gegen die Innenpolitik und insbesondere die Personalpolitik des Ministers Seering und kündigte ihm die schärfste Opposition seiner Partei an. Minister Seering wies diese Angriffe klar zurück und ging dann auf die von den Deutschnationalen angeführten Einzelfälle ein. Von besonderer Bedeutung waren die Auseinandersetzungen über die Frage des besetzten Gebietes, in denen der Minister und der Staatssekretär über die Verhandlungen berichteten. Die zuerst mit den Befugnisbefugten auf Grund des Ergebnisses der Londoner Konferenz in Koblenz geführt wurden. Es wurde von der Regierung mitgeteilt, daß bisher noch 646 Kommunalbeamte und 81 unmittelbare Staatsbeamte nicht die Rückkehr in die Heimat und die Wiederbesetzung zum Amte erhalten hätten, daß aber Befreiungen in den Verhandlungen mit aller Entschiedenheit dahin wirken werde, daß die Verwertung im besetzten Gebiet möglichst bald in vollen Umfang wiederhergestellt und allen Ausgewiesenen die Rückkehr ins Amt ermöglicht würde. Es wurde weiter hinzugefügt, daß Preußen mit allen Mitteln auf schnelle Klärung von Dornen und der anderen Gebiete dränge und daß der Minister Verantwortung nehmen werde, am nächsten Sonntag persönlich zu der Substanzminister von Sobenheim in das Rheinland zu fahren, um der rheinischen Bevölkerung zu zeigen, daß die preussische Regierung das stärkste Interesse an ihrem Wohlergehen nehme, und daß die Minister nicht allein die großen Städte wie Köln und Koblenz besichtigen wollten, sondern auch Fühlung mit der in den kleineren Städten und auf dem Lande wohnenden Bevölkerung nehmen würden.

### Deutsch-französische Verhandlungen zur Regelung des elsässischen Grenzverkehrs.

Paris, 8. Sept. Nach dem „Matin“ beschäftigt das französische Ministerium des Innern, mit der deutschen Regierung zur Regelung der elsässischen Grenzregie Verhandlungen anzubahnen.

### Genf und die deutsche Reichsregierung

Zu den Genfer Verhandlungen, so behaupten sie auch sind, kann deutschseits zur Zeit noch nicht Stellung genommen werden. Die deutsche Regierung hat sich der Frage des Eintritts in den Völkerverbund gegenüber niemals abnehmend verhalten, es muß nur ein wirklicher Völkerverbund sein, der den Charakter der Universalität trägt und es muß gefordert werden, daß Deutschland in dem Völkerverbund die Stellung eingeordnet werde, die seiner Bedeutung angemessen ist. Ob die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund aktuell wird, das wird von den Genferen Herrschaften in Genf abhängen. Ein besonderes Interesse für uns hat aus den Genfer Verhandlungen am Mittwoch, den 4. 9. die von Macdonald behandelte oberelssische Frage, auf die zur Verhütung erregter französischer Gemüter eine Interpretation gefolgt ist. Der Wortlaut der bez. Äußerungen Macdonalds liegt zur Zeit noch nicht vor.

### Der definitive Reparationsagent, der Nachfolger Owen Douns.

Seymour Parker Gilbert in seinem Büro. Die Reparationskommission hat den amerikanischen Juristen Seymour Parker Gilbert zum Generalagenten der Reparationszahlungen ernannt. Seymour Parker Gilbert hat im Seymour-Parker-Gilbert-Büro ein sehr erfolgreiches Tätigkeits- und rasche Karriere



hinter sich. Er hat im Schahant unter Mac Adoo gearbeitet, blieb auch in dieser Beschiebung unter Mellon und wurde dessen Universalitätssekretär. Gilbert hat damals erklärt, daß Deutschland die Summen des Bonhomer-Interessens nicht zahlen könne. Er gilt als finanzieller Genie und in Finanz- und Bankfragen als hervorragender Spezialist.

### Die englisch-französische Entschließung.

In Genf ist es doch noch zu einer gemeinsamen englisch-französischen Entschließung gekommen.

Die Versammlung nimmt von den Verfügungen der hier versammelten Regierungen Kenntnis und stellt darin mit Genehmigung die Grundlage für eine Verständigung zur Herstellung des englischen Friedens. Sie beschließt: Um die Beziehungen der zwischen gemäßigten und radikalen Gesichtspunkten noch bestehen, miteinander auszusöhnen und um nach diesem Ausgleich so schnell wie möglich durch Vermittlung des Völkerverbundes eine internationale Verständigung zu erreichen, die zwischen sich zu tunen, wird ein dritter Ausschuss beauftragt, die Unterlagen über die Sicherheit und die Herabsetzung der Rüstungen zu prüfen, besonders aber die Verfügungen der Regierungen zu dem Entwurf eines gegenseitigen Garantievertrages, der gemäß der Entschließung 14 in der dritten Versammlung ausgearbeitet wurde, und auch die anderen, seit der Veröffentlichung des Vertrags-Entwurfs ausgearbeiteten, dem Sekretariat vorgelegten Pläne, sowie die im Völkerverbundspakt für die Garantien der Sicherheit enthaltenen Verpflichtungen zu untersuchen, die eine Berufung an die Entschließungsbefugnisse oder eine Herabsetzung der Rüstungen notwendig machen. Der erste Ausschuss wird beauftragt,

a) mit Rücksicht auf etwaige Zusatzanträge zum Völkerverbundspakt die Artikel des Paktes, die die Regelung von Streitigkeiten betreffen, zu studieren.

b) zu untersuchen, innerhalb welcher Grenzen die Bestimmungen des Artikels 83 § 2 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes genauer geprüft und ob die Sicherheit der Völker der Welt und eine friedliche Lösung aller Streitigkeiten, die sich im allgemeinen zwischen den Staaten ereignen könnten, die Annahme dieser Klauseln erleichtern könnte.

### Nach drei Wochen.

Paris, 8. September. Herviot gab einem Vertreter des Journal gegenüber der Erwartung Ausdruck, daß nach ungefähr drei Wochen die Kommissionen des Völkerverbundes einen Text ausgearbeitet haben werden, der von dem Völkerverbund einstimmig angenommen

### Vereinfachung unseres Steuerrechts.

Soben ist ein Gutachten der Verwaltungsausschusskommission über die Vereinfachung der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der direkten Steuern erschienen. Die Denkschrift beschäftigt sich in ihrem ersten Teil mit der Frage der Finanzhoheit von Reich, Ländern und Gemeinden und kommt auf Grund eingehender Würdigung sämtlicher mit dieser Frage verbundenen Umstände zu dem Ergebnis, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt unbedingt an einer einheitlichen Steuererhebung und -verteilung durch das Reich festzuhalten ist. Des weiteren unterzieht das Gutachten die Steuererhebung der letzten Jahre einer Kritik, wobei es die Hauptursache für unser verwickeltes Steuerrecht einmal in den Begleiterscheinungen der Inflation, ferner aber auch darin erblickt, daß die Steuerergebnisse zu vollständig geworden wären und den Finanzbehörden eine nicht zu bewältigende Massenarbeit bekräftigt hätten.

wird. Darauf würde der Rat den Text beraten.

### Herviot und Macdonalds Heimkehr.

Paris, 8. September. Herviot und Macdonald wurden, als der Zug heute früh gegen neun Uhr auf dem Lyoner Bahnhof in Paris eintraf, mit den Ruf: „Es lebe der Frieden!“ begrüßt. Sämtliche in Paris anwesende Kabinettsmitglieder hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden. Macdonald mußte um 10 Uhr über Calais nach London weiterreisen. Herviot bestand darauf, ihn in seinem Auto nach dem Nordbahnhof zu geleiten. Beide Ministerpräsidenten unterhielten sich ungefähr eine Viertelstunde, drückten sich lange die Hände und trennten sich mit den Worten: „Good by!“ Macdonald ist um 1/2 Uhr auf dem Victoria-Bahnhof in London angekommen.

### Die Rhein-Rhone-Schifffahrt vor dem Völkerverbund.

Genf, 8. September. Journal de Geneve verzeichnet einen Bericht, daß der belgische Ministerpräsident Theunis bald wieder nach Genf zu kommen gedenkt, und spricht die Vermutung aus, daß es sich um Beratungen, die die Zonenfrage und die Rhein-Rhone-Schifffahrt handelt soll.

Genf, 8. September. Der belgische Ministerpräsident Theunis ist nach Südrheinreich auf einem kurzen Ferienaufenthalte abgereist.

### Amerika, Deutschland und der Völkerverbund.

New York, 8. September. Staatssekretär Hughes demeritiert mit aller Entschiedenheit eine von Paris ausgehende Meldung, wonach er der deutschen Regierung angedeutet haben soll, der Eintritt Deutschlands würde von Amerika vor der Präsidentschaftswahl nicht gewünscht.

Als wirksamste Abhilfe empfiehlt die Verwaltungsabstammungskommission einfache Gesetze, die nur die Grundzüge des Steuerrechts festlegen und der Lokalinstanz für den Einzelfall mehr als bisher freie Hand lassen, sowie Entlastung der Finanzämter von der Massenarbeit durch stärkere Heranziehung von Sachverständigenausschüssen bei Einführung der Steuererläutungen und der Individualanfrage. Das Gutachten ist zum Selbstkostenpreis durch das Büro der Verwaltungsabstammungskommission Berlin W 9, Leipziger Platz 13, zu beziehen.

### Die Revolution in China.

Schanghai, 8. September. Der Militärregierungsminister von Tschanghae meldet, daß seine Streitkräfte die Kiangtruppen bei Weangte, 15 Meilen von Schanghae, geschlagen habe.

Der Zentrum sprach der Abgeordnete Loenarz-Bilrau, der zunächst in der Frage der Personalpolitik den Standpunkt der Partei dahin wiederholte, daß es Sorge der Regierung sein müsse, ein möglichst einheitliches und geschlossenes Verwaltungsbeamtenamt zu haben, das ordnungsmäßig vorgebildet allen Schichten der Bevölkerung, allen Konfessionen und Stämmen erntommen sei. Von diesem Standpunkt aus muß man den Aufbau des Verwaltungsbeamtenamtes von unten herauf vornehmen und dafür sorgen, daß möglichst aus allen Schichten geeignete Persönlichkeiten in die innere Verwaltung hineinkommen. Weiter die Zweckmäßigkeit einer Berufsamtsgesetzgebung man ja verschiedener Meinung sein. Wichtig ist aber zweifellos, daß die Regierung für eine würdige Durchführung der von ihr angeordneten Berufsamtsgesetzgebung Sorge trage. Für das besetzte Gebiet ist es erforderlich, daß die preuss. Regierung mit aller Entschiedenheit dafür Sorge trage, daß politische und wirtschaftliche Mitbestimmung in der Bevölkerung des besetzten Gebietes nicht entsetze, und daß alles getan werde, um der wirtschaftlichen Not entgegenzuarbeiten. Höchst bedauerlich ist, daß der deutsch-spanische Handelsvertrag, wenn er Annahme finde, einen außerordentlich wichtigen Stand des besetzten Gebietes, den Winterland, in die allergrößte wirtschaftliche Schwierigkeit hineintrage. Es ist Aufgabe auch des preussischen Ministeriums des Innern, von politischen Standpunkt aus die bedeutendsten